

Krakauer Zeitung.

Nr. 45.

Freitag den 24. Februar

1865.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnement-Preis für Krakau 3 fl., mit Verbindung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 33 Mrt., einzelne Nummern 5 Mrt.

Redaktion, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierseitige Petitsse 5 Mrt., im Anzeigblatt für die erste Einschaltung 5 Mrt., für jede weitere 3 Mrt. Siedelgebühr für jede Einschaltung 30 Mrt. — Insertionsbestellungen und Sieder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben dem Oberleutnant im Graf Ewaldt L. f. f. Uhlanen-Regimente Friedrich Grafen Rummelsich die f. f. Kammererwürde allerhöchst zu verleihen.

Veränderungen in der k. k. Armee.

Ernennungen:

Der Oberst in der Armee Carl Prinz von Baden wird als zweiter Oberst zum Uhlans-Regimente Ludwig Graf von Trauttmansdorff Nr. 13 eingetheilt; zu Majors die Hauptleute erster Classe: Franz Ritter v. Moritz zu Snegg und Morberg, des Infanterie-Regiments Freiherr v. Bamberg Nr. 13; Moritz Pürker v. Pürkheim, des Infanterie-Regiments Freiherr v. Bernhardi Nr. 16; Albert Champion de Grespiigny, des Infanterie-Regiments Großfürst Michael von Russland Nr. 20; Anton v. Sustich, des Infanterie-Reg. Graf Haußwitz Nr. 38; Ignaz Billepich, des Infanterie-Regiments Erzherzog Sigismund Nr. 45, und Carl Peiulich, des Infanterie-Regiments Ritter v. Frank Nr. 79, alle in ihren Regimenten.

Überzeugungen:

Die Oberstleutnants: Kosmas Bogutovac, des Gradiškaer-Infanterie-Regiments Nr. 8, und Johann Vallace, des Einzen-Infanterie-Regiments Nikolaus Gosewitsch Großfürst und Thronfolger von Russland Nr. 61, gegenseitig.

Verleihungen:

Dem Oberstleutnant Moritz v. Fialka, des Ruhesstandes, der Oberleutnant erster Classe Anton v. Szepesházy, des Ruhesstandes, der Majorschäfikat ad honores.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 24. Februar.

Die Nachricht der „Correspondenz Zeidler“, eine Analyse der Forderungen sei vorläufig in Wien mitgetheilt worden, worauf Se. Majestät der Kaiser von Österreich erklärt habe, der Standpunkt Preußens in jener Sache sei schon um deshalb ein gerechter, weil jener Sache sei, was Preußen bezwecke, zugleich der Erhöhung des deutschen Ansehens zu Gute komme, ist gestern von der „Wiener Abendpost“ als unrichtig bezeichnet worden. Ein Berliner Corr. der „Soleil“ meint, selbst aus dieser Neuierung lasse sich nicht auf die unbekannte Annahme der preußischen Forderungen in Wien schließen. Es werde sich zeigen, welche Haltung Österreich den Forderungen gegenüber, wenn sie detaillirt mitgetheilt sind, einnehmen wird. Eine einflussreiche Person, schreibt derselbe, soll ganz vor Kurzem über die Forderungen bemerkts haben, Preußen werde jedenfalls nicht die Errichtung eines souveränen Mittelstaates nach dem Vorbild der bestehenden zulassen. Im Nebrigen wurde mehr als einmal darauf hingewiesen, daß selbst die Zustimmung Österreichs den Abschluß nicht leicht herbeiführen würde. Die Gründe können als bekannt vorausgesetzt werden. Sie sind an der Seine zu suchen. Darin, meint ein zweiter Berliner Correspondent dieses Blattes, liegt der charakteristische Punkt der augenblicklichen politischen Konstellation. Bisher, beider derselbe, schwankte Österreich zwischen seinen alten deutschkaiserlichen Traditionen und der Perspektive, durch die Allianz mit Preußen, wenn ihm dieselbe auch Opfer auferlegt, den Frieden gesichert zu erhalten. In dem Augenblick, wo es zu sehen glaubt, daß Preußen seine Absichten nicht durchsezgen kann, ohne den Frieden zu gefährden, entfällt dem Wiener Cabinet der letzte Grund, Preußen auch nur passiv zu unterstützen. Mit Wiener Augen gelesen, mag aber allerdings die Thronrede des Kaisers Napoleon, wie sie durch das Blaubuch illustriert wird, nicht gerade ganz friedlich aussehen. Die sogenannten Grundprincipien des Kaiserthums werden darin scharf in den Vordergrund gestellt und eben so klar die Unzufriedenheit mit derjenigen Lösung ausgesprochen, welche die dänische Frage jetzt gefunden hat. Allerdings hat diese Haltung für Preußen noch immer nichts Beunruhigendes, aber da die bisherige Behandlung der Herzogthümerfrage preußischerseits durchaus auf entsprechenden Principien basirt hat, als diejenigen sind, welche Frankreich aufstellt, so ist die Möglichkeit eines Conflictes immer offen gehalten.

Der „Leipz. Btg.“ wird aus Berlin geschrieben: Wie verlautet, ist am Freitag Abend von hier nach Wien eine diplomatische Kundgebung abgegangen, welche die Forderung der preußischen Regierung in Bezug auf das künftige Verhältniß der Elbherzogthümer zu Preußen darlegt. Im Wesentlichen sollen diese Forderungen auf die Erwerbung eines preußischen Kriegshafens, auf den Abschluß einer Militär- und Marine-Convention, auf die Anlegung und Beaufsichtigung des projectirten Nord-Ostsee-Canals und auf die dauernde Einräumung von Besatzungsplätzen für preußische Truppen in Nordschleswig aus.

geben. Diese Nachricht ist ganz vereinzelt und im Widerspruch mit den Meldungen anderer Blätter.

Die preußische ministerielle „Prov.-Correspondenz“ schreibt: Die Mittheilung der Forderungen Preußens in der schleswig-holsteinischen Frage an die österreichische Regierung werde vermutlich im Laufe der nächsten Woche erfolgen. Die Nachricht, Preußen wolle zuvor die Notablen von Schleswig-Holstein über einzelne Bedingungen hören, sei irrtümlich.

Die Bevölkerung in ihrer berechtigten Vertretung zu hören, dazu sei jetzt kein Anlaß, da es sich lediglich um die Feststellung der Bedingungen handle, ohne deren rücksichtslose, unbedingte Anerkennung und Ausführung kein Souverän endgültig eingesetzt werden kann. Die Zeitungsnachrichten über den Inhalt der bevorstehenden Mittheilung Preußens nach Wien, so wie über die bereits gemachten Ausserungen des Wiener Cabinets seien falsch.

Die „Correspondenz Zeidler“ schreibt: Die Beziehungen, welche von Kiel aus mit augustenburgischen Nachrichten versehen werden, fahren immer noch fort von Verhandlungen zu sprechen, die zwischen den Prinzen von Augustenburg und dem preußischen Cabinet gepflogen würden. Man will sogar genau angeben, in welchen Punkten eine Einigung erfolgt sei und in welchen die Meinungen noch differieren. Wir dürfen hiergegen erklären, daß daher weder von Vereinbarungen noch von Differenzen die Rede ist und daß von Seiten der preußischen Regierung dem Prinzen nicht die mindeste Ermunterung zu Theil geworden, um dergleichen Negociationen zu versuchen oder von ihnen irgend ein Resultat zu erwarten. Dem Privat-Agenten des Prinzen möchte, bevor er Berlin verließ, kein Zweifel mehr in Betreff der Frage geblieben sein, ob er zu den Diplomaten gehöre oder nicht, gleichwie sich der Prinz selber mit Rücksicht auf sein Herzogthum wohl keinen Illusionen mehr hingibt. Die Angelegenheit der Herzogthümer reicht weit über das Haupt des augustenburgischen Prinzen hinaus.

Das Wiederaufstehen der oldenburgischen Candidatur dürfte ihre besondern pikanten Gründe haben. In den gegenwärtigen Mittheilungen der Presse über die russische Cessionsakte scheint vergessen, daß Russland nur seinen Anteil auf das Holstein-Gottorpische abgetreten haben sollte, wie das Mitte November v. J. vielfach erörtert wurde. Sollte nun der Herzog von Oldenburg, der die Aete früher als man gehabt hat, jetzt anderer Ansicht geworden sein und sich wieder darauf berufen, so würde er am Ende rechnen, daß ihm die Kronynodi ein wenig einen Theil von Rechten zusprechen würden, wofür er alsdann irgend ein Entgelt erhalten könnte. Das nachträgliche Wiederaufstehen der Candidatur wird nur dadurch erklärlich. Diese hat aber, seit sie einige Monate geruht, an Aussichten ohne Zweifel nicht gewonnen.

Es mag, schreibt man aus Wien, dahin gestellt bleiben, ob von Seiten Englands wirklich in neuerster Zeit in Berlin nichts geschehen ist, um in mehr oder weniger eindringlicher Weise sich im Voraus gegen die Weiterführung gewisser preußischer Tendenzen im Norden der Elbe auszusprechen: man leugnet es in Berlin und der directe Gegenebeweis wird in Wien aus nicht leicht zu führen sein. Aber um so sicherer ist es, daß das englische Cabinet, wenn auch nicht in der feierlicheren Form einer Depesche, sich über die schlesischen Pläne Preußens und deren etwige Chancen hier in Wien zu informiren versucht, und daß man hier keinen Augenblick gezögert hat, auf das Bestimmtste zu erklären, daß Österreich seinen bisherigen Standpunkt festgehalten habe und festhalten werde und keine andere Lösung suche oder zulasse, als eine solche, welche den deutschen Interessen nach den Säzungen des Bundesrechtes conform werde somit vom 3. Februar an gerechnet werden (?)

Laut einer in Bern eingetroffenen Depesche des schweizerischen Geschäftsträgers in Wien, des Herrn von Steiger an den Bundesrat, steht die baldige Auslieferung des Langiewicz an die Schweiz in Aussicht. Derselbe wird, wenn seine Freilassung erfolgt ist, entweder in Solothurn oder Zürich seinen Aufenthalt nehmen. Des Ferneren meldet Herr von Steiger, daß sämmtlichen polnischen Flüchtlingen die strafreie Rückkehr nach ihrer Heimat gewährt wird, wenn sie bei dem General Berg mit einem Bittgesuch darum einkommen. Bis jetzt, so versichert Herr von Steiger, sei das gegebene Wort Seitens der russischen Behörde streng gehalten worden.

wurf der Grundzüge einer alle Mittel- und Kleinstaaten umfassenden Organisation enthält. In erster Reihe soll die Aufstellung einer kräftigen Executive, eine gemeinsam parlamentarische Vertretung und als unmittelbare Consequenz derselben ein gewisses Maß gemeinsamer Gesetzgebung, sowie eine einheit-

liche Militärorganisation, in zweiter Reihe eine gemeinsame Repräsentation nach außen hin in Aussicht genommen sein. Dieser Entwurf, die Bevölkerung in ihrer berechtigten Vertretung zu hören, dazu sei jetzt kein Anlaß, da es sich lediglich um die Feststellung der Bedingungen handle, ohne deren rücksichtslose, unbedingte Anerkennung und Ausführung kein Souverän endgültig eingesetzt werden kann. Die Zeitungsnachrichten über den Inhalt der bevorstehenden Mittheilung Preußens nach Wien, so wie über die bereits gemachten Ausserungen des Wiener Cabinets seien falsch.

Der Hirtenbrief des Erzbischofs von Paris erregt dort ein eben so großes, wenn nicht größeres Aufsehen, als die Broschüre des Bischofs von Orleans. „Constitutionnel“, „Pays“ und „Patrie“ sind ungewöhnlich erbaut durch die Sprache des Msgr. Darboy, und suchen durch Aufführung der geeigneten Stellen den großen Unterschied, der zwischen dessen Auffassung der Encyclopaedia und denjenigen der Hauptvertreter der römischen Partei in Frankreich besteht, aber wir dürfen dem hohen Prälaten ebensowenig die Huldigung versagen, welche seiner patriotischen und liberalen Gesinnung, und vor Allem dieser so schwungreichen, falbungs- und würdevollen Sprache gebührt, welche die Bischöfe, als allzu gelehrte Schüler von L. Beuillot, seit einiger Zeit nur zu sehr gelernt sind.

Der Hirtenbrief des Erzbischofs von Paris alle Anerkennung, die sich nur mit ihrem Verband mit Denen zu treten, die sie als ihre aufrichtigen Wohlthäter kennen gelernt hat. Der Nation selbst wird es klar, was ihr vortheilhaft ist: sich von Russland zu entfernen, oder aber sich als Werkzeuge von jener Minorität missbrauchen zu lassen. Wir sehen also die Bahn, welche jetzt dem Königreich Polen vorgezeichnet ist und der Revolutionspartei muss jedes Entgegenwirken — wie jetzt mittelst Verbreitung von falschen Nachrichten — misslingen.

Nach Briefen aus Constantinopel sind die zur evangelischen Kirche übergetretenen verhafteten Mohamedaner in Folge der Vermittlung Englands und Preußens in Freiheit gesetzt worden. Die Pforte will künftig nur der Missionstätigkeit der Missionäre an öffentlichen Orten entgegentreten und die Verbreitung religiöser Schriften, in denen die Gegenstände des Mohammedanismus und des Christenthums ohne Leidenschaft erörtert werden, nicht verhindern.

Von Wichtigkeit ist eine sieben zur Veröffentlichung gelangte diplomatische Correspondenz zwischen dem Staatssekretär Seward und dem Gelandten der vereinigten Staaten in London, Herrn Adams,

worin der amerikanische Minister unter Anderem sich

dahin äußert, daß die Billigung, welche die europäischen Mächte dem Umsturz der mexicanischen Republik zu Thil werden ließen, der Eiferlust zugutkreise

beleiße, welche gegen die Vereinigten Staaten besthe

ben. Also ist man in Washington noch keineswegs geneigt,

den neuen Zuständen in Merito das Placet zu geben.

Aus dem gelben Buche möge noch folgende Stelle der Depesche Drouyn de Lhuys vom 28. Oct. an Malaret nachgetragen werden: Die Convention erkennt zwei Souverainetäten in Italien an, und in Erwartung, daß ein innerer Einklang zwischen beiden hergestellt werde, bejaht sie deren Nebeneinanderbestehen. Das ist die Convention, was darüber ist, besteht nur aus leeren Speculationen."

Wie sich die „Ind. belge“ aus Paris schreiben läßt, curst ein Gerücht, die französische Regierung habe

dem italienischen Cabinet zu wissen gehabt, sie be

trachte die Verlegung des Hofes nach Florenz als

gleichbedeutend mit der Übertragung der Hauptstadt

und die für die Räumung Rom's festgesetzte Frist

werde somit vom 3. Februar an gerechnet werden (?)

Laut einer in Bern eingetroffenen Depesche des schweizerischen Geschäftsträgers in Wien, des Herrn von Steiger an den Bundesrat, steht die baldige Auslieferung des Langiewicz an die Schweiz in Aussicht. Derselbe wird, wenn seine Freilassung erfolgt ist, entweder in Solothurn oder Zürich seinen Aufenthalt nehmen. Des Ferneren meldet Herr von Steiger, daß sämmtlichen polnischen Flüchtlingen die strafreie Rückkehr nach ihrer Heimat gewährt wird, wenn sie bei dem General Berg mit einem Bittgesuch darum einkommen. Bis jetzt, so versichert Herr von Steiger, sei das gegebene Wort Seitens der russischen Behörde streng gehalten worden.

Wie ein Berner Telegramm vom 22. d. meldet, hat der Bundesrat dem schweizerischen Gesandten in Wien Weisung wegen des Passivums für die rigen Jahres von den leitenden Ministern fünf grössten Flüchtlinge erhoben und an die bayerische Regierung geschrieben, daß alle Polen ohne einen von der schweizerischen Gesandtschaft in Wien visitierten Passan der Gräne zurückgewiesen werden.

Das Gerücht über eine bevorstehende totale Revolution des Königreiches Polen schreibt der „Invaleide“ der polnischen Agitationspartei zu und entgegnet den ausländischen Blättern, welche aus diesem Anlaß in Weßlagen über das Schicksal Polens ausbrachen, mit folgenden Bemerkungen: Die Journale mögen sich nur beruhigen. Das Königreich Polen besteht noch; sie wissen es eben so gut als wir. Doch indem sie sich beklagen, das Ende Polens zu beweinen und falsche officielle Documente in die Welt zu senden, die gar nicht existieren, lassen sie sich durch einen Plan ängstigen, den nur sie selbst der russischen Regierung angeichtet haben. Die polnische Revolutionspartei hat noch nicht eine einzige ihrer Phantasien aufgegeben, sie bereitet im Stillen die Mittel zur Verwirrung derselben vor. Dabei flöszt ihr aber Alles das Furcht ein, was eine Verschmelzung Russlands mit Polen erleichtern könnte und sie sucht die öffentliche Meinung Europa's immerfort zu beunruhigen. Doch diese Versuche führen nicht zum Ziele. Die russische Regierung ist überzeugt, daß die Annäherung, welche die revolutionären Blätter so sehr erschreckt, auch ohne politische und administrative Reformen zu bewirken sei. Dazu genügt die sociale Reform, welche jetzt mit dem besten Erfolg vor sich geht. Da die ungeheure Mehrzahl der polnischen Nation es erkannt hat, daß nur die russische Regierung im Stande ist, ihr jene Rechte zu gewährleisten, welche ihr der Adel vorenthalten hat, begreift sie auch die Notwendigkeit, in den möglichst engen Verbund mit Denen zu treten, die sie als ihre aufrichtigen Wohlthäter kennen gelernt hat. Der Nation selbst wird es klar, was ihr vortheilhaft ist: sich von Russland zu entfernen, oder aber sich als Werkzeuge von jener Minorität missbrauchen zu lassen. Wir sehen also die Bahn, welche jetzt dem Königreich Polen vorgezeichnet ist und der Revolutionspartei muss jedes Entgegenwirken — wie jetzt mittelst Verbreitung von falschen Nachrichten — misslingen.

Nach Briefen aus Constantinopel sind die zur evangelischen Kirche übergetretenen verhafteten Mohamedaner in Folge der Vermittlung Englands und Preußens in Freiheit gesetzt worden. Die Pforte will künftig nur der Missionstätigkeit der Missionäre an öffentlichen Orten entgegentreten und die Verbreitung religiöser Schriften, in denen die Gegenstände des Mohammedanismus und des Christenthums ohne Leidenschaft erörtert werden, nicht verhindern. Von Wichtigkeit ist eine sieben zur Veröffentlichung gelangte diplomatische Correspondenz zwischen dem Staatssekretär Seward und dem Gelandten der vereinigten Staaten in London, Herrn Adams, worin der amerikanische Minister unter Anderem sich dahin äußert, daß die Billigung, welche die europäischen Mächte dem Umsturz der mexicanischen Republik zu Thil werden ließen, der Eiferlust zugutkreise, welche gegen die Vereinigten Staaten bestheben. Also ist man in Washington noch keineswegs geneigt, den neuen Zuständen in Merito das Placet zu geben.

Aus Shanghai sind Nachrichten eingetroffen, nach welchen der preußische General-Consul v. Radowits nicht nur von der Provinzialbehörde Genugtuung für die Verlegung der Verträge (bei Gelegenheit der Misshandlung von Deutschen) gefordert, sondern dieselbe auch von der chinesischen Centralregierung verlangt hat, um in dieser das Bewußtsein der Verantwortlichkeit für ihre Unter-Behörden zu erwecken.

Die Berliner „Börsen-Zeitung“ bringt die bis jetzt unverbürgte Nachricht, daß die preußische Regierung der österreichischen in den letzten Tagen ihre Geneigtheit ausgedrückt habe, in Betreff des Zolltariffs für den Verkehr zwischen dem Zollverein und Österreich alle Concessionen zu machen, welche nach Lage der Verhältnisse möglich seien; in Folge dessen seien gegenwärtig auch die Verhandlungen über die Tarifffrage aufgenommen.

Der Schweizer Bundesrat hat an die königlich württembergische Regierung das Verlangen gestellt, die Conferenz für die Unterhandlungen über den Handelsvertrag mit dem Zollverein erst am 6. statt am 1. März nach Stuttgart einzuberufen. Beim Bundesrat kommen von allen Seiten der Schweiz eine solche Menge von Wünschen und Gesuchen in Betreff dieses Vertrages ein, daß er unmöglich bis zum 1. März mit der Berathung und der Feststellung der Instructionen für die eidgenössischen Commissarien fertig werden kann.

Verhandlungen des Reichsrates.
In der Sitzung des Finanzausschusses am

Amtsblatt.

Nr. 3680. **Kundmachung.** (155. 3)

Aus der Hs. Barach'schen Ausstattungsstiftung ist ein Betrag von 272 fl. 5. W. an ein armes gesittetes Mädel israelitischer Religion vorzugsweise aber an eine arme Verwandte des Stifters, oder an ein aus Galizien gebürtiges israelitisches Mädel zu vergeben.

Die Bewerberinnen haben ihrem Gesuch ein gehörig legalisiertes Sitten- und Dürftigkeitszeugniß, dann den Geburtschein anzuführen und wenn sie die Beheilung aus dem Titel der Verwandtschaft mit dem Stifter ansprechen, dieselbe in aufsteigender Linie bis zu dem Stifter oder dessen Vater Chaim Barach durch Vorlage eines mit dem Original-Geburts- und Trauungsscheine oder den gehörig legalisierten Matrikelauszügen belegten Stammbaumes nachzuweisen.

Sollte ein außer dem Verschulden der Partei gelegener Umstand diesen Nachweis unmöglich machen, so ist dieses durch die Bestätigung der competenten politischen Behörde nachzuweisen und die Verwandtschaft in diesem Falle durch andere glaubwürdige und von hierzu berufenen öffentlichen Amtmännern ausgestattete Zeugnisse darzutun.

Die so belegten Gesuche sind bis 25. März 1865 bei der k. k. östl. Statthalterei zu überreichen.

Bon der k. k. Statthalterei - Commission.
Krakau, 15. Februar 1865.

Nr. 431. **Edict.** (149. 3)

Aus der bei dem k. k. Kriegsgerichte zu Krakau wider Laib Weizenfeld, Joseph Wachtel, Abraham Ladner, Moses Riegler, Mayer Friedmann und Thomas Sojka wegen des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe durch Lieferung von Waffen und Ausrüstungsgegenständen für die russisch-polnischen Insurrections-Schaaren abgeführt Untersuchung erliegt bei diesem Kriegsgerichte ein Geld-

betrag pr. 54 fl. 5 kr. 5 W., welcher aus dem Leitations-Erlöse für die bei der Anhaltung des Transports saßen Wagen und Pferde, zu denen sich keiner der Beschuldigten als Eigentümer bekennen will, herrührt.

Dem unbekannten Eigentümer der erwähnten Pferde und Wagen wird daher aufgetragen, sich binnen Jahresfrist beim k. k. Garnisons-Auditoriate zu Krakau zu melden, und sein Recht zu erweisen, widrigens der obige Geldbetrag als verfallen, nach Verlauf von 3 Jahren vom unten angegebenen Datum an pro aerario an die k. k. Kriegscaisse zu Lemberg abgeführt werden wird.

Bon k. k. Kriegsgerichte.

Krakau, 11. Februar 1865.

Nr. 2816. **Edict.** (161. 3)

Bon Krakauer k. k. Landes- als Wechselgerichte wird dem seinem Aufenthalte nach unbekannten Hrn. Jakob Hentsch bekannt gegeben, es habe E. Kraus sub praes. 13. Februar 1865. 3. 2816 wider ihn die Wechselsumme von 200 Pfund Sterling s. N. G. eingelagert, worüber unter Einem dem Hrn. Jakob Hentsch die Zahlung dieser Wechselsumme pr. 200 Pfund Sterling binnen drei Tagen oder Einbringung seiner allfälligen Einwendungen in dieser Frist aufgetragen wurde; da der Aufenthalt des Hrn. Jakob Hentsch nicht bekannt ist, so wird denselben zu seiner Vertretung und auf seine Gefahr und Kosten der Hr. Dr. Rydzowski mit Substitution des Hrn. Dr. Szlachetowski zum Curator bestellt, mit welchem, so lange sich Hr. Jakob Hentsch nicht meldet, oder einen anderen Vertreter dem Gerichte bekannt gibt, nach Vorschrift der Verordnung des k. k. Justizministeriums vom 25. Jänner 1850 Nr. 52 verhandelt werden wird.

Krakau, am 14. Februar 1865.

L. 15122. **Edikt.** (168. 2-3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym edyktem obwieszcza, iż na zaspokojenie przez p. Adama Morawskiego przeciw p. Antoninie hr. Kuczkowskiej, p. Henryce hr. Kuczkowskiej, p. Kazimierzowi hr. Kuczkowskemu wywalczoną a domowi handlowemu Schuller & Comp. odstąpiącej sumy 3200 zł. m. k. albo 3360 zł. a. w. z odsetkami 4% od 24 czerwca 1854 policzy się mającymi - kosztów sądowych i egzekucyjnych w ilości 19 zł. 68 kr. i 42 zł. 22 kr. i tarańnieszych na 100 zł. 92 kr. w. a. z modyfikowanych kosztów egzekucyjnych przymusową sprzedaż połowę w Tarnowskim obwodzie położonych p. Henryce hr. Kuczkowskiej, obecnie zaś małoletniej Zofii hr. Kuczkowskiej własnych dóbr Zasów z przyległościami Dąbie, Mokre i Przertyt bór na dniu 30 maja 1865 i 11 lipca 1865 o godzinie 10 zrana w Siedzibie obwodowej Tarnowskiej pod następującymi warunkami odbędzie się:

1. Za cenę wywołania stanowi się suma 83.708 zł. w. a. jako połowa wartości szacunkowej, niżej której te dobra w pierwszych dwóch terminach licytacyjnych sprzedane nie będą.

2. Sprzedaż odbywa się ryczałtem bez prawa do wynagrodzenia za zniesione powinności urbaryalne.

3. Chęć kupna mający złożyć przed rozpoczęciem licytacji do rąk komisji licytacyjnej sumę 8000 zł. w. a. jako wadyum w gotówce lub w obligacyjach publicznych dłużu państwa i indemnizacyjnych austriackich, albo też w listach zastawnych Towarzystwa kredytowego galicyjskiego albo banku narodowego, a to obligi publiczne i listy zastawne z kuponami jeszcze niepłatnymi wedle kursu wartości nominalnej tychże papierów nie przewyższającego w ostatniurzędowej gazecie Krakowskiej zapisanego.

4. Gdyby te dobra w owych dwóch terminach nawet za cenę wywołania sprzedane nie zostały, tedy na ten wypadek wyznacza się termin do przesłuchania wierzyści wzgle-

dem ułatwienia warunków licytacji na dzień 31 lipca 1865 o godz. 4 po południu z tem dołożeniem, że niestawający wierzyście pozytywnie zostaną za zgadzających się z wnioskiem większością stawających wierzyści, po czym zostanie licytacja owych dóbr z przyległościami na 3 termin rozpisana, w którym terminie dobra te niżej wartości szacunkowej sprzedane będą.

5. Akt oszacowania owych dóbr i wyciąg tabularny mogą być w registraturze sądowej przebrane i odpisane.

Tarnów, dnia 29 grudnia 1864.

L. 781. **E d y k t.** (169. 2-3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym podaje do publicznej wiadomości, iż na wezwanie c. k. Sądu krajowego Lwowskiego na zaspokojenie wierzytelności galicyjskiej kredytowej w kwocie 11.526 zł. 6 kr. w. a. z prz. rozpisał przymusową publiczną sprzedaż dóbr Szalowa z przyległościami Biezw. Bidowa, Bochnia i Michałówka w obwodzie Siedleckim, jak Dom. 42, pag. 455, 457, 459, 463 i 461 położonych, p. Władysława Skrzynińskiego własnych, która to licytacja odbędzie się w tutejszym Sądzie w trzech terminach, t. j. w dniach: 6 kwietnia, 4 maja i 8 czerwca 1865, każdą razą o godzinie 10 zrana pod następującymi warunkami:

nicht zu gehöriger Zeit zugestellt werden sollte, oder welche nach dem 14. Mai 1864 in die Landtafel gelangen sollen, zu Händen des ihnen mit Substitution des Hrn. Adv. Dr. Micewski bestellten Curators Hrn. Adv. Dr. Berson und mittelst Edictes verständigt.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Neu-Sandecz, am 5. Dezember 1864.

Obwieszczenie.

C. k. Sąd obwodowy Nowo-Sandeczki podaje do wiadomości, iż na wezwanie c. k. Sądu krajowego Lwowskiego na zaspokojenie wierzytelności galicyjskiej kredytowej w kwocie 11.526 zł. 6 kr. w. a. z prz. rozpisał przymusową publiczną sprzedaż dóbr Szalowa z przyległościami Biezw. Bidowa, Bochnia i Michałówka w obwodzie Siedleckim, jak Dom. 42, pag. 455, 457, 459, 463 i 461 położonych, p. Władysława Skrzynińskiego własnych, która to licytacja odbędzie się w tutejszym Sądzie w trzech terminach, t. j. w dniach: 6 kwietnia, 4 maja i 8 czerwca 1865, każdą razą o godzinie 10 zrana pod następującymi warunkami:

1. Za cenę wywołania stanowi się wartość w sumie 207.384 zł. 66 kr. w. a.

2. Dobra te sprzedają się ryczałtowo i z wyłączeniem prawa do wynagrodzenia za zniesione dochody urbaryalne.

3. Każdy chęć kupienia mający winien jest sumę 20738 zł. 55 kr. w. a. do rąk komisji licytacyjnej jako wadyum czyli zakład złożyć.

4. Gdyby dobra te w pierwszym lub drugim terminie przynajmniej za cenę wywołania sprzedane nie były, w trzecim terminie niżej ceny wywołania, jednak za taką tylko cenę sprzedane będą, których na zaspokojenie wierzytelności galicyjskiej kredytowej w dniu 14 maja 1864 o godzinie 10 zrana z należtościami podlegającymi wystarczyła.

O rozpisaniu tej licytacji zawiadamia się obie strony, tudzież wszystkich wierzyści znających do rąk własnych, zaś wierzyści z miejsca pobytu nieznanych, mianowicie: Władysława Thórznickiego, Henrykę Telczyńską, Juliusz Pióro i Cecylię Chłędowską, tudzież domniemanych eventualnych spadkobierców p. Eweliny z Siemianowskich Zebrowskiej i Tadeusza Zebrowskiego, jakież wierzyści, albo w obligacyjach indemnizacyjnych podług ostatniego kursu gazety urzędowej Krakowskiej (Kraflauer Zeitung) lub nareszcie w listach zastawnych galicyjskiego instytutu kredytu stanowego, podług ostatniego kursu gazety Krakowskiej wraz z kuponami i talonem do rąk komisji licytacyjnej złożycy, który zakłada najwieczorzącą do depozytu sądowego złożony a innym licytującym zaraz po ukończeniu licytacji zwróconym zostanie.

5. Chęć kupienia mającym wolno wyciąg tabularny, akt oszacowania i resztę warunków licytacyjnych w registraturze tutejszej przejrzyć lub odpisać.

O tak rozpisanej licytaciobydwie strony, tudzież wierzyści tabularni z miejsca pobytu wiadomi do rąk własnych, zaś z miejsca pobytu nieznadomi, jako to: J. O. P. Hieronim ks. Sanguszko, p. Ludwika Wittingowa, Wawrzyniec i Antonina Małżonkowie Małutowscy, spadkobiercy Tomasza Kowalskiego, a to: Antoni Feliks 2 im. Kowalski i Michał Kowalski i wszyscy ci wierzyści realności nr. 156, których po dniu 9 czerwca 1864 do tabuli miejskiej w stan bierny tejże realności wszli, lub których uchwała mniejsza przed terminem licytacji doręczona nie była, do rąk onymże przeznaczonego kuratora w osobie p. adw. Dra Bandrowskiego z substycią p. adw. Dra Hoborskiego i niniejszym edyktem zawiadomienie otrzymano.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Nowy Sącz, 5 grudnia 1864.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.

Nowy Sącz, 5 grudnia 1864.

L. 2293. **Edykt.** (164. 1-3)

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Jasie zawiadamia sukcesorów s. p. Józefa Stupnickiego, ze przeciw masie leżącej tego spadkodawcy p. Jan Wein Med. Dr. pod dniem 27 września 1864 l. 239 wytoczył pozew o zapłacenie 44 zł., ze skutek tego pozwu termin do sumarycznej rozprawy na dzień 15 maja 1865 o godzinie 10 zrana w tutejszym Sądzie odbędzie się mający wyznaczone, zaś zapoznaną masie p. Stanisław Czajka za kuratora postanowany i temu kuratorowi pozew doręczony zostało.

Zaleca się zatem sukcesorom tej masy, aby rzecznemu kuratorowi potrzebną informację udzielili, wedlug okoliczności innego kuratora proponowali, albo sami do obrony tej masy na ten termin stawiły się, inaczej rozprawa z postanowionym kuratorem przedsięwzięta będzie i szkodliwe skutki sukcesorów tej masy sobie przypisać mogą.

Jasło, 30 grudnia 1864.

N. 1697. **Kundmachung.** (145. 3)

Im Interesse eines beschleunigter Neberganges der Postsendungen von der Eisenbahlinie nach Mielec werden vom 1. März l. J. an, die bisherigen Postbotenfahrten Dzików — Dębica auf die Route Dzików, Mielec, Radomyśl, Bahnhof Czarna verlegt und sowohl bei der tour als retour Fahrt am Bahnhof Czarna mit der früh um 12 Uhr 20 Min. von Lemberg nach Krakau und um 10 Uhr Vormittags von Krakau nach Lemberg abgehenden Train in Verbindung stehen.

Die Distanz zwischen Dzików und Radomyśl wird mit 1½ Posten festgesetzt.

Coursordnung:

Von Dzików

täglich um 2 Uhr Nachmittag.

In Mielec

an demselben Tage um 8 Uhr 10 Min. Abends.

Von Mielec

täglich um 7 Uhr Früh.

Am Bahnhof Czarna

Vormittag um 11 Uhr 10 Min.

Vom Bahnhof Czarna

täglich um 1 Uhr 25 Min. Nachmittags.

In Mielec

an demselben Tage um 5 Uhr 35 Min. Nachmittags.

Von Mielec

täglich um 4 Uhr Früh.

In Dzików

Um 10 Uhr 10 Min. Vormittags.

Was hiermit veröffentlicht wird.

Von der k. k. galiz. Post-Direction.

Lemberg, 10. Februar 1865.

L. 4485.

Ogłoszenie. (172. 1-3)

Ze strony c. k. Urzędu powiatowego jako Sąd w Bochni czyni się wiadomo, że w skutek uchwały dozwolającej c. k. Sądowi krajowemu Krakowskiego z dnia 14 listopada 1864 l. 20984 Janowi Jawiszowi właścielowi gospodarstwa pod nr. 44 w Bogucicach z powodu marnotrawstwa zarząd majątku się odbiera, i równocześnie jemu kurator w osobie Wojciecha Lisa z Bogucic się ustanawia.

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd Bochnia, 14 lutego 1865.

Der Unterzeichneter, Besitzer der bei der Herrn Steinbohlen-Niederlage an der Weichsel gelegene Holz-Niederlage beehrt sich das geehrte Publicum zu benachrichtigen, daß er einen bedeutenden Vorath an Bauholz sowie an Brettern verschiedener Dicke hat und diese zu sehr ernäßigten Preisen gegen baare Bezahlung im Jahre 1865 verkaufen, alle Bestellungen übernehmen und die auf das pünktlichste besorgen wird.

Joachim Frommer.

Wiener Börse-Bericht

vom 22. Februar.

Öffentliche Schulden.

A. Des Staates. **Geld Markt**

3a. Östr. W. zu 5% für 100 fl. 67.40 67.50

Aus dem National-Antheile zu 5% für 100 fl. mit Baus vom Jänner — Juli 79.30 79.40

vom April — October 79.30 79.40

Metalliques zu 5% für 100 fl. 72.— 72.10

ditto " 4½% für 100 fl. 64.— 64.25

" 1854 für 100 fl. 88.— 88.25

1860 für 100 fl. 96.25 96.50

Prämien-Scheine vom Jahre 1864 zu 100 fl. 87.10 87